

**Sabine Zimmermann (Zwickau)**

- (A) Im Bereich von Hartz IV sind 2013 nur noch 55 000 Erwerbslose in einer Maßnahme für eine berufliche Weiterbildung gefördert worden. Vor drei Jahren waren es noch 85 000. Ähnlich schlimm sieht es im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung aus. Die Quittung für diesen Kahlschlag bekommen wir Jahr für Jahr mit der steigenden Zahl an langzeitarbeitslosen Menschen. Das von der Bundesarbeitsministerin angekündigte neue Programm für Langzeitarbeitslose ist hier allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich hatte vorhin eine Frage dazu gestellt. Auch die Ausgaben für Personal in den Jobcentern will die Koalition weiterhin deckeln. Dabei wissen wir doch, wie wichtig eine gute individuelle Betreuung bei der Vermittlung ist. Deswegen muss der Personaletat aufgestockt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nein, diese Koalition will keine Wende in der Arbeitsmarktpolitik.

Ich komme zum Schluss. Es ließen sich noch zahlreiche Beispiele aufzählen, die zeigen, dass dieser Haushalt sozial ungerecht ist. Sie sagen immer zu uns: Wir müssen einen ausgeglichenen Haushalt haben. – Aber dann müssen Sie bitte schön auch sagen, dass die Erwerbslosen, die Alleinerziehenden sowie die Rentnerinnen und Rentner die Zeche dafür zahlen sollen. Sagen Sie auch gleich dazu, dass Sie ruhig zuschauen, wenn die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land immer weiter auseinandergeht.

- (B) **Vizepräsidentin Petra Pau:**  
Kollegin Zimmermann.

**Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):**

Meine Damen und Herren, Ihnen fehlt der Wille und der Mut, die Reichen zu besteuern. Das sieht man wieder einmal ganz deutlich.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Wie gut, dass Ihnen das noch eingefallen ist! Sonst hätte ja auch etwas gefehlt!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege Stephan Stracke hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe manchmal den Eindruck, diese Debatten sind, zum Teil jedenfalls, nämlich was die Opposition angeht, durch einen Wahrnehmungsschleier gekennzeichnet.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie etwas gegen Schleier?)

Richtig ist, dass die deutsche Wirtschaft blendend dasteht. Unser Land ist eines der wettbewerbsfähigsten und

innovativsten weltweit. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. 42 Millionen Menschen sind in Deutschland erwerbstätig. Wir haben ein Allzeithoch erreicht. Das ist grundsätzlich prima. Das sollten wir auch so sagen und es nicht schlechtreden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Kerstin Griese [SPD])

Einer der Gründe, warum dies so ist, besteht darin, dass wir auf Produktion statt auf Spekulation gesetzt haben.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Ja!)

Anders als andere Länder, die sich beispielsweise gnadenlos verzockt haben, weil sie gesagt haben: „Wir wollen den Weg in eine Dienstleistungsgesellschaft gehen; wir setzen auf Banken“, haben wir immer darauf geachtet, nicht einseitig zu werden. Wir haben darauf geachtet, einen stabilen industriellen Kern zu haben. Das ist die Keimzelle und der Ausgangspunkt dafür, dass wir heute so gut dastehen. Genau diesen Weg wollen wir gemeinsam weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Gerhard Schröder war es!)

Ein weiterer Grund, warum wir gut dastehen, ist unsere Marktwirtschaft, die eine soziale ist. Wir wissen, auch aus eigener leidvoller Erfahrung, dass Märkte immer einer Begrenzung bedürfen und dass entsprechende Leitplanken gesetzt werden müssen, weil der Zusammenhalt in einer Gesellschaft ansonsten massiv auf dem Spiel steht. Mit unserer sozialen Marktwirtschaft sind wir gut gefahren. Unser Erfolgsrezept dabei lautet Sozialpartnerschaft. (D)

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Sozialpartnerschaft sorgt dafür, dass flächendeckend gute und faire Löhne gezahlt werden und dass es in den Betrieben gute Arbeitsbedingungen gibt. Dazu müssen wir die Sozialpartner immer wieder ermahnen. Wir müssen ihnen deutlich machen: Da steht ihr in der Verantwortung. – Wir setzen auf die Kraft der Tarifvertragsparteien.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen auch das Interesse der Tarifvertragsparteien am Abschluss von Tarifverträgen hochhalten. Deswegen führen wir beispielsweise eine vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitserklärung ein.

Ein weiterer Grund, warum wir gut dastehen, ist, dass unser Staat seine Rolle als aktiver Staat versteht. Darauf können sich die Menschen gerade in Krisenzeiten verlassen. Der Bund hat Milliarden von Euro aufgewendet und in Konjunkturprogramme zur Stärkung und Sicherung des Arbeitsmarktes investiert. Das hat dazu geführt, dass die meisten Arbeitsplätze sicher durch die Krise gebracht wurden. Unsere Unternehmen waren sich ihrer sozialen Verantwortung, gerade in Krisenzeiten, bewusst. Deswegen sage ich ausdrücklich Dankeschön an die Familienbetriebe und die Unternehmerinnen und Un-

**Stephan Stracke**

- (A) ternehmer, die in Krisenzeiten gesagt haben: Wir setzen auf unsere qualifizierten Arbeitskräfte und setzen sie nicht frei; wir wollen keine Entlassungswelle. – Davon profitieren wir jetzt, nachdem wir aus der Krise herausgekommen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ewald Schurer [SPD])

Das ist der Erfolg der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Höchste Produktivität, innovative Ideen und Kreativität zeichnen sie aus. Dieser Erfolg muss sich auch in der Höhe der Löhne widerspiegeln.

(Katja Mast [SPD]: Genau!)

Das stärkt die Binnennachfrage als eine der Stützen der konjunkturellen Entwicklung in diesem Land.

Die Folge ist, dass wir eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen haben und mit Überschüssen in unseren sozialen Sicherungssystemen reich gesegnet sind;

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Sie gleich wieder ausgeben!)

sie sind krisenfest.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was ist mit der demografischen Entwicklung?)

Das Volumen beträgt insgesamt 800 Milliarden Euro pro Jahr. Die Menschen sind damit in den letzten Jahren gut gefahren, weil sie sich sicher sein konnten, dass sie durch unsere sozialen Sicherungssysteme gegen zentrale Lebensrisiken abgesichert sind, und weil sie sich darauf verlassen konnten, dass ihnen in Not geholfen wird. Genau das wollen wir fortsetzen.

- (B)

Ausdruck dessen ist der Haushalt der Bundesarbeitsministerin. Er ist mit einem Volumen von 122 Milliarden Euro der größte Ausgabenblock – sie hat es bereits erwähnt – und macht rund 40 Prozent des gesamten Bundeshaushalts aus. Dies sind im Übrigen 3 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr. Das zeigt: Wir übernehmen die Verantwortung, die wir als starker Sozialstaat haben, sehr bewusst, und wir machen eine Politik für eine hohe Beschäftigungsquote. Die Arbeitslosenquote hat sich seit 2005 halbiert. Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Dank unserer Reform!)

Hier stehen wir europaweit hervorragend da. Unser Ansporn muss es sein, die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt zu bekämpfen und sie gänzlich zu überwinden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Kerstin Griese [SPD])

Dabei setzen wir auf einen Dreiklang von Vollbeschäftigung, guter Arbeit und sozialer Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben es in Bayern vorgemacht: Der bayerische Arbeitsmarkt ist Monat für Monat Klassenbesten, die Ar-

beitslosenquote Bayerns liegt 3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Der Erfolg spricht bayerisch. Deshalb ist auch der FC Bayern München Deutscher Meister.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Es gibt Gründe, warum wir insgesamt gut dastehen.

(Katja Mast [SPD]: Ja, ja! – Kerstin Griese [SPD]: Jetzt haben Sie es sich aber verdorben!)

Wir wissen aber auch: Nichts ist in Stein gemeißelt, wir dürfen uns auf den Erfolgen nicht ausruhen.

(Katja Mast [SPD]: Sie reden für die Bundesrepublik Deutschland, Herr Stracke!)

Deswegen ist der FC Bayern München dabei, sich in der Champions League weiter fortzuentwickeln und auch in diesem Jahr das Triple zu holen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Ist das der Verein der Steuerhinterzieher?)

Aber das soll nur beispielhaft dafür stehen, was Erfolg in diesem Land ausmacht. Diejenigen, die sich anstrengen, die sollen auch ihren entsprechenden Lohn haben. Unser größter Schatz sind die hervorragend qualifizierten Arbeitskräfte mit ihrem Wissen und Können. Sie erarbeiten tagtäglich den Wohlstand in dieser Republik. Diesen größten Schatz gilt es entsprechend zu pflegen. Deswegen ist uns die Fachkräftesicherung ein wichtiges Anliegen, sie ist unser zentrales Ziel in der Arbeitsmarktpolitik. Die unionsgeführte Bundesregierung hat im Juni 2011 ein langfristig angelegtes, wirksames Konzept zur Sicherung der Fachkräftebasis angestoßen, und wir sind erfolgreich.

(Beifall des Abg. Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU])

In den Betrieben hat ein Umdenken stattgefunden, was die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer angeht. Die Betriebe haben die Erfahrung gemacht: Wir müssen auch auf ältere Arbeitnehmer setzen. – Wertschätzung schafft eben auch Wertschöpfung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist es, was wir betonen wollen und den Unternehmen auch anraten: Schätzt auch die Wertschöpfung eurer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, egal welcher Altersgruppe! Als sichtbares Ergebnis davon hat sich die Erwerbstätigenquote bei den Älteren zuletzt auf 64 Prozent erhöht. Das ist ein Riesenerfolg. Wir sind damit nämlich schon deutlich über dem EU-Ziel für 2020, das bei 60 Prozent liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen alle: Wir sind, gerade was die Beschäftigung Älterer angeht, noch lange nicht am Ziel. Aber wir sind auf dem richtigen Weg. Hier sind die Unternehmen gefordert, große Schritte zu tun und nicht nur Kleinklein. Wir unterstützen sie, beispielsweise indem wir

(C)

(D)

**Stephan Stracke**

- (A) jetzt den Rehadeckel der demografischen Entwicklung anpassen. Das ist auch ein Schritt dazu, dass wir nicht immer nur über die Rente ab 67 reden, sondern auch tatsächlich das Arbeiten bis 67 ermöglichen. Alles andere würden die Menschen auch als Rentenkürzung erfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Das betrifft die Rehabilitation, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deswegen haben wir in den letzten Jahren als unionsgeführte Bundesregierung viel Geld in die Hand genommen, um die Länder, um die Kommunen dabei zu unterstützen, in entsprechende Betreuungsmöglichkeiten zu investieren. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Deswegen gibt es in Zukunft eine Lohnersatzleistung für zehn Tage, um spezifische Pflegesituationen zu organisieren.

Einer der Kernpunkte ist Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen. Keiner darf verloren gehen, jeder verdient eine zweite oder gar dritte Chance. Dass Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat, kommt eben auch daher, dass wir in Deutschland ein so gutes – duales – Berufsausbildungssystem haben. Dies gilt es zu sichern,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

auch vor Überlegungen, die derzeit auf der europäischen Ebene stattfinden. Hier müssen wir klar sagen: Das wollen wir nicht.

- (B) Zum anderen ist es gut, dass hier der Ausbildungspakt in veränderter Form fortgesetzt wird; die Bundeskanzlerin hat das zuletzt beim Handwerkstag mit angekündigt. Es ist gut, dass wir in diese Richtung gehen.

Wir müssen aufpassen, dass wir keine falschen Anreize setzen für diejenigen, die sagen: Ich gehe lieber in einen Beruf, der einem gesetzlichen Mindestlohn unterliegt, und nicht in eine Ausbildung. Deswegen unternehmen wir hier die richtigen Dinge in diese Richtung.

Wohlstand zu erhalten, gelingt uns nur, wenn der Fachkräftebedarf insgesamt gedeckt ist. Dazu gehört auch, dass wir die Jobchancen für Langzeitarbeitslose entsprechend erhöhen. Der deutsche Arbeitsmarkt ist hier in großem Maße aufnahmefähig, und wir stellen vonseiten des BMAS auch viel Geld für die Eingliederung zur Verfügung. Wir müssen aber aufpassen, dass dieses Geld auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommt.

Bayern hat bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote erreicht. Wir kommen jetzt an den Kernbestand der Arbeitslosen. Deswegen müssen wir genau aufpassen, wie wir jetzt mit Langzeitarbeitslosen umgehen. Sie weisen oftmals schwere und mehrfache Vermittlungshemmnisse auf, weshalb wir hier die notwendigen Mittel brauchen. Ich weiß, dass aufgrund der entsprechenden Verteilungsmechanismen nicht sichergestellt ist, dass die notwendigen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sondern diejenigen bestraft werden, die besonders erfolgreich sind. Wir haben das allerdings im

Koalitionsvertrag entsprechend festgelegt und werden das auch angehen. (C)

All das zeigt: Wir setzen auf Vollbeschäftigung, auf gute Arbeit und auf gute soziale Sicherungssysteme in diesem Land. Lassen Sie uns zusammen mit unserer Bundesarbeitsministerin die Themen gemeinsam angehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Brigitte Pothmer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Nahles, Sie wissen, ich bin eine glühende Unterstützerin des gesetzlichen Mindestlohnes und stehe bei der Durchsetzung dieses Projektes nun wirklich auf Ihrer Seite,

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]:  
Seit' an Seit'!)

aber ich würde Ihnen gerne einmal sagen: Sie sind nicht nur die Ministerin für die Arbeitsplatzbesitzerinnen und -besitzer, sondern Sie sind auch die Ministerin für die Arbeitslosen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sosehr ich Ihr Engagement bei der Durchsetzung des Mindestlohnes schätze, so enttäuscht bin ich doch über den wirklichen Mangel an Engagement, wenn es um die Belange von Arbeitslosen und Abgehängten geht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kerstin Griese [SPD]: Da haben Sie ihre Rede nicht gehört!)

– Liebe Frau Griese, Sie wollen mir doch nicht im Ernst sagen, dass eine solche Rede diesen Mangel wirklich beseitigen könnte.

(Kerstin Griese [SPD]: Sie hat das klar und deutlich gesagt!)

So bescheiden kann wirklich nur die SPD sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kerstin Griese [SPD]: Das ist aber billig!)

Ich weiß, das ist ein schwerer Vorwurf, aber ich finde, er ist leicht begründbar: In der letzten Legislaturperiode, Frau Ministerin, haben Sie gemeinsam mit uns den schwarz-gelben Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik kritisiert.

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Was? – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an den Abg. Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU] gewandt: Herr Fischer ist auch da!)

Zu Recht, kann ich nur sagen. Das Problem ist aber, dass diese Kritik bis heute nichts an Berechtigung eingebüßt